

Hohenstein-Ernstthal-Tagblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



Anzeiger

Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Gersdorf, Ritsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langendursdorf, Talsdorf, Grumbach, Eirscheim, Rufschnappel, St. Egidien, Wilfenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Ritzberg, Erlbach, Pleiße und Rufsdorf.

Druck und Verlag von J. Nuhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Berantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 16.50 Mk., monatlich 5.50 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 8. Briefe und Telegramme an das Amtblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemischer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Nr. 464.
Kreuzing 23 464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgefallene Korpusgröße 75 Pfg., auswärts 75 Pfg., im Reklameteil 2.00 Pfg. Bei mehrmaligen Abdruck tarifmäßiger Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Besondere mit. Bei zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 165

Montag, 18. Juli 1921

71. Jahrg.

Eine neue Drohung Frankreichs.

Am Sonnabend nachmittag besuchte der französische Botschafter Laurent den Außenminister Dr. Rosen, um ihm im Namen seiner Regierung die folgenden Eröffnungen zu machen:

Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Berond und die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung lassen keine Zweifel über den in Folge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und zwar wegen der Nichtablieferung der Waffen, wegen Aufrichterhaltung der deutschen Banden in dem Abstimmungsgebiet selbst oder an seinen Grenzen und über die Gefahr einer gewalttätigen Aktion in Oberschlesien, sei es vor Mitteilung einer Entscheidung der Mächte, sei es unmittelbar danach, wenn Deutschland nicht will befreit wird. Die ungeheuerlichen Verletzungen (!) und die unmittelbaren Herausforderungen (!) des Generals Höfer bestätigen die Schwere des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffs. In dem Abstimmungsgebiet selbst mehren sich die deutschen Attentate, die besonders gegen die französischen Truppen und Beamten gerichtet sind, und die Lage wird immer beunruhigender. Am 4. Juli wurde der Major Montagne blindlings in Weutchen ermordet, am 8. Juli wurde in Ratibor ein Adjutant des französischen Kontrollleurs in seinem Hotel angegriffen und konnte sich nur dadurch retten, daß er sich in seinem Zimmer verbarrikadierte. Am 12. Juli wurde der französische Hauptmann Lux in seinem Hause von einer Anzahl bewaffneter Männer angegriffen, in Oplein wurde Leutnant Duval mit einem Dolch bedroht, er konnte sich aber, ohne verwundet zu werden, losmachen; eine Bombe wurde in der Nähe des Hospitals geworfen. Ein französischer Beamter, der als Untersuchungsrichter fungiert, Schädlein, wurde angefallen, seiner Brieftasche und seiner Papiere beraubt und heftig verprügelt, ohne daß die Polizei einschreiten wollte. Die häufige Wiederholung dieser Attentate ist bezeichnend. Bei der Verhaftung hat sich ergeben, daß die Urheber dieser Verbrechen Mitglieder von Freikorps sind, die nicht zu diesem Gebiete gehören. Die Selbstschußformationen sind nicht entwaffnet und nur zum Schein beurlaubt worden. Es ist festgestellt, daß von 40 000 nur 10 000 Mann aus dem Gebiete stammen. Weitere 10 000 sind in Gruppen verteilt und im Gebiet versteckt worden. Von den 20 000 Mann, die abtransportiert worden sind, ist der größte Teil in Mittel- und Niederschlesien geblieben. Die Studenten sind in ihre Heimatsorte zurückgeführt worden, aber bereit, auf den ersten Ruf hin herbeizueilen, und ein Teil von ihnen ist nur für einige Tage auf Urlaub geschickt worden. So bleiben die deutschen Banden Gegend für Fuß, sei es in dem Abstimmungsgebiet, sei es an seinen Grenzen. Der Stamm dieser Bataillone, der zur Bildung der Armee gebildet hatte, ist nicht aufgelöst worden, sondern wird fortgesetzt vermehrt. Das Kommando bleibt am Platze und der General Höfer ist in Brieg (?). Die Waffen sind den Kontrolloffizieren nicht übergeben worden, die nur auf 250 Gewehre und ein unbrauchbares Maschinengewehr Hand haben legen können, während 20 000 Mann mit modernen Waffen versehen waren. Auf diese Weise behalten die Selbstschußorganisationen ihre Waffen, halten ihre Bestände aufrecht und sind bereit, auf das erste Zeichen hin einzugreifen.

Die Verantwortlichkeit der Regierung bleibt ebenso wie bisher voll bestehen, weil sie die Rekrutierung, den Transport und die Bewaffnung der Selbstschußtrupps, sowie ihre Zusammenfassung und ihren Fortbestand in Oberschlesien duldet.

Unter diesen Umständen kann angesichts des Drucks der deutschen Bedrohung die französische Regierung nicht daran denken und sie ist überzeugt, daß die Alliierten ebenso wenig daran denken — nach einer oberflächlichen Prüfung von einigen Tagen durch eine Sachverständigenkommission eine endgültige Lösung der oberschlesischen Frage zu treffen, die unmittelbar den Angriff einer wirklichen aus Aufständischen gebildeten deutschen Armee hervorzurufen und ohne Zweifel durch eine Abwehraktion der Polen beantwortet werden würde. Die Verbündeten Regierungen würden sich dann in Kriegsereignisse hereingezogen sehen; sie

würden nämlich nicht zulassen können, daß der Vertrag von Versailles verletzt und ihre Entscheidung mißachtet wird. Die französische Regierung, die auf Wunsch ihrer Verbündeten durch die Zahl der Truppen und Beamten, die sie nach Oberschlesien entsandt und durch den Vorsitz in der Interalliierten Kommission in erster Linie die Verantwortung trägt, hat mit Rücksicht auf die schwere deutsche Bedrohung Vorkehrungen getroffen, um unverzüglich

eine Division zur Verstärkung nach Oberschlesien

zu senden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und der drohenden Gefahr zu begegnen.

Im Anschluß an diese Eröffnungen stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung

folgende Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschuß- und Freikorpsorganisation zu entwaffnen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.

2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden.

3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für die schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen, welche eventuell nach Oberschlesien geschickt werden sollen.

Der deutsche Außenminister hat bei Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden, daran erinnert, daß schon vor Beginn der Säuberungsaktion in den Zweifeln des deutschen Kabinetts an ihrer Wirksamkeit unzweideutig zum Ausdruck gebracht und dessen Überzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden.

Am 7. Juli hat der Außenminister ferner dem französischen Botschafter durch einen Rattowitzer Großindustriellen Mitteilungen machen lassen, aus denen die Richtigkeit dieser Voraussage bestätigt wurde. Diese Mitteilungen des Rattowitzer Augenzeugen, von denen die französische Regierung Kenntnis hat, enthielten tatsächliche Angaben darüber, daß nur die regulären polnischen und ein Teil der Haller-Soldaten über die Grenze abtransportiert seien, um jenseits weiter ausgedehnt zu sein und Stamminformationen für den vierten polnischen Aufstand zusammengefaßt zu werden, daß die Waffen nicht abgeliefert, sondern versteckt und, um Beschäftigten durch Mäße zu verhüten, zum Teil in eigens dazu hergestellten Zinkhilfen vergraben seien, daß Plünderungen und Verschleppungen nach wie vor stattfänden und daß die Organisation der Insurgenten voll bestehen geblieben sei. Durch die Amnestie, die sogar Herrn Kerfantsky den Verbleib in Oberschlesien ermöglichte, sei hierzu jede gewinnreiche Erleichterung geboten.

Nach diesen vorläufigen Erwidierungen bezieht sich der Außenminister die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Eröffnung des französischen Botschafters enthaltenen Punkte vor.

Noten nach London und Rom.

Von der oberschlesischen Note, die die französische Regierung nach London und Rom geschickt hat, veröffentlicht der „Temps“ folgende Inhaltsangabe:

Es heißt darin, nachdem die französische Regierung am Freitag nach London und Rom telegraphiert hat, erklärt sie am Sonnabend in einer ausführlichen Note, Frankreich und England seien darin einig, daß die Interalliierte Kommission in Oplein nicht mit der Ausarbeitung eines Teilungsplanes zustande kommen kann und daß eine Sachverständigenkommission im Laufe der nächsten Woche zusammenzutreten wird, um diese vorbereitenden Arbeiten zu leisten. Man müsse nur wissen, was die verbündeten Regierungen beschließen werden. London möchte den Obersten Rat gegen den 24. Juli zusammenrufen, um die oberschlesische Frage vor Ende d. M. zu lösen. Dies ist jedenfalls

des Sinn der Vorschläge, die er der französischen Regierung unterbreitet hat. Die französische Regierung ihrerseits stellt fest, daß die Vorbereitungen zum Aufstand und die unaufhörlichen Angriffe, die die deutschen Streitkräfte in Oberschlesien unternehmen, den Obersten Rat daran verhindern, unter einer derartigen Drohung zu arbeiten und daß er seinen Urteilspruch nicht abgeben kann, wenn er nicht sicher ist, daß er auch ausgeführt werden kann. Frankreich verlange daher, daß die Entente damit ansetze, nach Oberschlesien die nötigen Verstärkungen zu entsenden, um die unangenehmlich nötige Sicherheit für die Entscheidungen der Verbündeten herzustellen. Die französische Regierung hat, soweit sie in Betracht kommt, schon die nötigen Vorbereitungen getroffen. Sobald die verbündeten Truppen imstande sein werden, die Durchführung des Vertrages in Oberschlesien sicherzustellen, kann der Oberste Rat in aller Ruhe zusammentreten. Es steht jetzt der englischen Regierung zu, dieser Entsendung von Verstärkungen zuzustimmen und so ein Beispiel zu geben, das sicher von Italien befolgt wird, und damit den Augenblick zu beschleunigen, in dem der Oberste Rat in aller Ruhe und Sicherheit seine Beschlüsse fassen kann.

Siegt die Gerechtigkeit?

Der Rotterdammer „Courant“ meldet aus London: In einer Rede vor seinen Wählern am Montag in Birmingham sagte Churchill, daß die englische Justiz bereit sei, Engländer, die Kriegsverbrechen verübt hätten, abzuurteilen. Es müßte den Gegnern überlassen bleiben, die Schuldigen zu bestimmen und die Beweismittel einzureichen.

Wie es in Wirklichkeit in Oberschlesien aussieht.

An die Interalliierte Kommission haben die bedeutendsten oberschlesischen Industrie-Betriebe eine Kundgebung gerichtet, nach der in letzter Stunde die Interalliierte Kommission dringend ersucht wird, für ausreichende militärische Besetzung ihrer Betriebsstätten und Schutz ihrer deutschen Beamten und Arbeiter zu sorgen. Trotz der angeblich durchgeführten Räumung wird von den polnisch orientierten Betriebsräten in der Mehrzahl der Betriebe gegen deutsche Beamte und Arbeiter ein terroristischer Terror ausgeübt, daß eine geordnete Weiterführung der Betriebe vollständig unmöglich ist und die Werke zur Schließung genötigt werden. Nach wie vor beherrschen polnische Insurgenten das Land und machen, ohne von den gleichfalls aus Insurgenten bestehenden und damit den erlassenen Vorschriften widersprechend zusammengefaßten Ortswehren gehindert zu werden, die Durchführung gesetzmäßiger Zustände unmöglich.

Hardings Gesellschaft der Nationen.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Washington teilt mit, es sei jetzt jeder Zweifel behoben, daß die Abrüstungskonferenz über Hardings Gesellschaft der Nationen beraten und selbst in eine solche Gesellschaft ausmünden werde. Es sei bekannt, daß die Konferenz geheim gehalten und daß die kleinen Nationen, die ihr nicht beizuhören, über sie auf dem laufenden gehalten werden sollen. Erstes Ziel der Konferenz werde sein, zu einstimmigen Abmachungen über die großen Prinzipien zur Vermeidung von Reibungen zu gelangen, deren Einzelheiten dem späteren Abschluß von Sonderverträgen überlassen werden sollen. Die Annahme, daß Staatssekretär Hughes an die Spitze der amerikanischen Delegation treten werde, müsse bereits jetzt fallen gelassen werden. Eine weitgehende Teilnahme Hardings sei bei der Kritik die Wilson durch die öffentliche Meinung Amerikas erfahren habe, wenig wahrscheinlich. Als amerikanische Vertreter werden genannt Root, Lodge, Butler, Hoover, Knox, Lanjing, Forah und Hitchcock.

Allseitige Zustimmung zu Hardings Vorschlag.

Die italienische Regierung ließ Harding wissen, daß sie seine Einladung annehme und ihn zu der glücklichen Idee einer Abrüstungskonferenz beglückwünsche. Inzwischen ist auch die japanische Antwort eingetroffen, aus der jedoch nicht klar hervorgeht, ob Japan sich nur an der Abrüstungskonferenz oder auch an der Erörterung der Fragen

des fernen Ostens beteiligen wird. Allerdings erklärt man im Staatsdepartement das Vertrauen, daß die Unterlassung eines ausdrücklichen Hinweis auf die Teilnahme an diesen Diskussionen über Asien ohne besondere Absicht erfolgt sei und daß Japan an den Erörterungen beider Fragen teilnehmen werde. Ferner gibt das amerikanische Staatsdepartement bekannt, daß auch China die Einladung Hardings angenommen habe, so daß nunmehr alle geladenen Staaten ihre Zustimmung gegeben haben. Belgien hat gleichfalls die Anregung gegeben, zu der Konferenz zugelassen zu werden. Dieser Vorschlag wird angenommen werden, falls die anderen Staaten ihre Zustimmung geben. Da Holland ebenfalls im fernen Osten Interessen besitzt, wird es im Staatsdepartement nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß auch Holland um die Zulassung zu den Konferenzen ersuchen wird.

Amerikas Freundschaft für Frankreich.

Bei der Uebersetzung seines Beglaubigungsschreibens sagte nach einer Pariser Meldung der neue amerikanische Botschafter Herriod: Ich überbringe namens der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten der Regierung und dem Volke Frankreichs den Ausdruck unserer besonderen Freundschaft. Wir wünschen zusammenzuarbeiten, um die Friedensprobleme zu lösen, die Amerika befehlen, als es an der Seite Frankreichs in den Krieg zog. Es ist höchste Zeit, nicht zu sprechen, sondern zu handeln. Deshalb werde ich alle meine Anstrengungen darauf richten, um an dem stillen Werke mitzuarbeiten, das unerlässlich ist für die Lösung der Fragen, unter deren Gewicht Frankreich und die gesamte Welt ins Wanken geraten sind.

Eine Stimme der Vernunft.

Das Stocholmer „Aftensbladet“ schreibt zu Briands Ausführungen in der Kammer bezüglich der Reichsgerichtsursurteile, wenn Briand seine Erklärung mit den Worten beginne: „Laßt uns Deutschland zeigen, daß wir die Macht haben“, — so ist dies bezeichnend für den Standpunkt, zu welchem die französische Politik gelangt ist. Es ist jetzt nicht mehr die Rede von Frieden und Gerechtigkeit, sondern von Macht. Was früher als abscheulich-preußisch bezeichnet wurde, ist jetzt ehrenhaft-französisch geworden. Kann man überhaupt noch von einem Friedensvertrag sprechen, ist es nicht ein ausgeprägter Kriegsvertrag? Wo ist der Frieden, den dieser Vertrag bringen soll? Es ist Krieg in Oberschlesien, es ist Krieg in Kleinasien, und nach den Beschlüssen Briands soll es auch Krieg in der Rheinprovinz geben. Mit einer solchen Politik macht man nicht Frieden, sondern Krieg. Die Deutschen haben Grund zu glauben, daß es niemals die Absicht Frankreichs gewesen sei, das Reichsgericht in Leipzig seine Aufgabe lösen zu lassen, sondern Frankreich nur einen Vorwand suche, den Vertrag in einen Kriegsvertrag zu verwandeln, sobald es ihm genehm ist.

Diese Meinungen des neutralen Blattes verdienen, besonders angemerkt zu werden. Schärfer, bestimmter und klarer hätte die ganze Friedensvertrags- und Ultimatumspolitik der Entente selbst in einem „alldeutschen“ Blatte nicht verurteilt und abgewiesen werden können. Freilich auch nicht die bangebühige, trotz aller großen Worte und verdorrenden Hände immer und immer wieder nachgiebige Haltung der deutschen Regierung. Es muß für die Regierung des Deutschen Reiches und Volkes ein nicht sehr festliches Gefühl sein, in einer, in der deutschen Frage, auf diese Weise von einer ausländischen Zeitung belehrt zu werden.

Uebernahme der Kriegsprozesse auf die französische Justiz?

Das Berner Tagblatt“ meldet aus Paris: Dem „Echo de Paris“ zufolge richtete Briand eine Note an Deutschland, die die Anerkennung der Leipziger Urteile für Frankreich verweigert und die Uebernahme der Kriegsbeschuldigtenprozesse, soweit sie von Frankreich verlangt werden, durch die französische Justiz offiziell ankündigt.

Eine amtliche Bekräftigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Nach dem aber, was wir von Herrn Briand in den letzten Tagen gehört haben, wäre diese Wendung nicht unwahrscheinlich.